

Kreis-Blatt



für den
Kreis Westerbург.

Verkehrsnummer 28.

Postfachkonto 33
Frankfurt a. M.

ersch. wöchentlich 2mal, Dienstags und Freitags mit den wöchentlichen Gratis-Beilagen „**Illustriertes Familienblatt**“ und „**Landwirtschaftliche Beilage**“ und beträgt der Abonnementpreis in der Expedition pro Monat 40 Pfg. Durch die Post geliefert pro Quartal 1,75 Mark
Eingelne Nummer 10 Pfg. — Da das „Kreisblatt“ amtliches Organ von 82 Bürgermeistereien ist, haben Anzeigen die wirksamste Verbreitung. Insetionspreis: Die viergespaltene Garmond-Reile oder deren Raum nur 15 Pfg.

Das Kreisblatt wird von 80 Bürgermeistereien in eigenem Kasten am Rathaus aufgehängt, wodurch Inserate eine beispiellos große Verbreitung finden
Mitteilungen über vorkommende Ereignisse, Rottizen u., werden von der Redaktion mit Dank angenommen
Redaktion, Druck und Verlag von **H. Raabberger** in Westerburg.

Kr. 92.

Freitag, den 22. September 1916.

32. Jahrgang

*Ich wünsche Euch und euren
Lieben viel Glück und Glück
sicherlich findet man viel
dem Glück entgegen. Ich wünsche
die Kriegsbewohnerinnen.*

Gr. G. G. 11. 9. 1916.

*von Friederich
Gruenert & Sohn.*

Bestellungen

Das vierte Vierteljahr auf das
Kreisblatt für den Kreis Westerburg

müssen jetzt bei den Postanstalten, Agenturen und in der Expe-
dition gemacht werden. Die Menge der

amtlichen Kriegsverordnungen

macht es jedem Geschäftsmann, Gewerbetreibenden und Land-
wirt zur Pflicht, das

amtliche Kreisblatt regelmäßig zu lesen.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Die Büros des Landratsamts, in der Kreis-
aus- und Steuerverwaltung sind für das Publikum
von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags geöffnet.
Nachmittags sind die Büros für das Publikum geschlossen.
Westerburg, den 19. September 1916. Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister der Orte in welchen
Bäckereibetriebe sind.

Mit dem Monat Oktober wird erfahrungsgemäß wohl in
allen Bäckereien die Verwendung von Frischkartoffeln als Streckungs-
mittel eintreten. Kartoffelmehl kann nur in beschränktem Maße
und nur an solche Bäcker geliefert werden, welche Frischkartoffeln
aus technischen Gründen nicht verarbeiten können. Sollte aus dieser
Ursache für den Monat Oktober Bedarf in Kartoffelmehl vorliegen,
so sind mir etwaige Bestellungen unter Angabe des Grundes um-
gehend einzureichen.

Westerburg, den 22. September 1916.

Der Vorsitzende des Preisausschusses
des Kreises Westerburg.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich mache nochmals auf die in meinem Ausschreiben
in der vorigen Nummer geforderte Lieferung von Roggen
und Weizen als sehr bringlich aufmerksam. Die Ausdrusch-
prämie wird nur für kurze Zeitdauer gegeben.

Westerburg, den 22. September 1916.

Der Vorsitzende des Preisausschusses
des Kreises Westerburg.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
Der Bedarf an Brotarten für die Zeit vom 9. Oktober bis 5. November 1916 ist mir bis 29. ds. Mts. bestimmt anzumelden.
Westerburg, den 22. September 1916.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses
des Kreises Westerburg.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
Bet.: Einwendung der Waisenpflegeliquidationsanforderungslisten
Die Waisenpflegeliquidationsanforderungslisten für das II. Vierteljahr sind mir bis zum 28. d. Mts. bestimmt vorzulegen. Der Termin darf unter keinen Umständen überschritten werden.
Die Listen sind Rechnungsurkunden des Zentral-Waisenfonds oder des Vandalenbundes und müssen genau aufgestellt werden und mit der vorgeschriebenen Bescheinigung versehen sein.
Westerburg, den 13. September 1916. Der Landrat.

Verordnung über Bucheckern.

Vom 14. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Wer Bucheckern sammelt, hat die gesammelten Mengen an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H. in Berlin oder an die von ihm bestimmten Stellen zu liefern.

Dies gilt nicht:

1. für selbstgenutztes Saatgut, welches der Forsteigentümer oder der sonstige Forstungsberechtigte zum künstlichen Anbau benötigt;
2. für Mengen, die als Saatgut an Personen geliefert werden, die zum Samenhandel vom Kriegsausschuß zugelassen sind;
3. für die zur Herstellung von Del in der Wirtschaft des Sammlers sowie des Forsteigentümers und seiner bei der Sammlung beteiligten Beamten erforderlichen Mengen, jedoch nicht für mehr als $\frac{1}{4}$ der gesammelten Menge und höchstens für 25 Kilogramm Bucheckern für den einzelnen Hausstand.

Die zur Herstellung von Del (Abs. 2 Nr. 3) zurückgehaltenen Mengen dürfen nur bei Vorlegung und Abnahme eines Erlaubnisscheins verarbeitet und zur Verarbeitung angenommen werden.

Die Ortsbehörde des Wohnorts des Sammlers stellt die Erlaubnisscheine aus. Die Scheine sind von dem Verarbeiter der Ortsbehörde allwöchentlich zurückzugeben.

§ 2. Wer mit Beginn des 1. November und des 1. Dezember 1916 mehr als 5 Zentner gesammelte Bucheckern in Gewahrsam hat, hat die vorhandene Menge dem Kriegsausschuß anzuzeigen. Die Anzeige ist spätestens bis zum 6. November und 6. Dezember 1916 zu erstatten. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf die im § 1 Abs. 2 genannten Mengen.

Mengen, die sich mit Beginn des 1. November oder 1. Dez. 1916 unterwegs befinden, sind unverzüglich nach Empfang vom Empfänger anzuzeigen.

§ 3. Der Kriegsausschuß oder die von ihm bezeichneten Stellen haben die nach § 1 zu liefernden Bucheckern abzunehmen und einen angemessenen Preis für sie zu zahlen, dessen Höchstgrenze der Reichskanzler bestimmen kann. Der Preis schließt die Kosten der Beförderung bis zur nächsten Bahnstation des Verpflichteten ein.

Der Beförderungspflichtige hat die Bucheckern bis zur Abnahme aufzubewahren und pfleglich zu behandeln.

§ 4. Der Beförderungspflichtige hat dem Kriegsausschuß oder den von ihm bestimmten Stellen anzuzeigen, von welchem Zeitpunkt ab er zur Beförderung bereit ist. Erfolgt die Abnahme nicht binnen 2 Wochen nach diesem Zeitpunkt, so ist der Preis vom Ablauf der Frist an mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskont zu verzinsen. Für Verwahrung und pflegliche Behandlung nach Ablauf der Frist erhält der Beförderungspflichtige eine Vergütung, die vom Reichskanzler festgesetzt wird. Mit dem Zeitpunkt, an dem die Beförderung beginnt, geht die Gefahr des zufälligen Verderbens oder der zufälligen Wertverminderung auf den Kriegsausschuß über. Der Beförderungspflichtige hat nach näherer Anweisung des Reichskanzlers den Zustand festzustellen, in dem sich die Bucheckern im Zeitpunkt des Geschäftsüberganges befinden; im Streitfall hat er den Zustand nachzuweisen.

§ 5. Ist der Beförderungspflichtige mit dem vom Kriegsausschuß gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt die höhere Verwaltungsbehörde den Preis endgültig fest. Für die Festsetzung ist maßgebend der Zustand der Bucheckern zur Zeit des Gefahrüberganges (§ 4 Satz 4). Die höhere Verwaltungsbehörde darf die nach § 3 festgesetzten Preisgrenzen nicht überschreiten. Sie bestimmt, wer die haren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebnahmepreises zu liefern, der Kriegsausschuß vorläufig den von ihm für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

§ 6. Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag des Kriegsausschusses durch Anordnung der zuständigen Behörde auf ihn oder die von ihm in dem Antrag be-

zeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den Besizer zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung Besizer zugeht.

§ 7. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für freitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde dem Kriegsausschuß zugeht.

§ 8. Der Kriegsausschuß hat für die alsbaldige Verarbeitung der übernommenen Bucheckern zu sorgen. Er hat das gewonnene Del nach den Weisungen des Reichskanzlers abzugeben. Für die bei der Delgewinnung anfallenden Verlusten und Velmehle sind die Vorschriften über Futtermittel maßgebend.

Die Landeszentralbehörden können verlangen, daß auf je 4 Kilogramm aus ihren Gebieten abgelieferter Bucheckern bis zu 4 Kilogramm Del und bis zu 20 Kilogramm Velmehle oder mehr an sie oder die von ihnen bezeichneten Stellen geliefert werden.

§ 9. Bucheckern dürfen nicht verfüttert werden.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können Ausnahmen von dem Verbote zulassen, insoweit sie bestimmen, ob und inwieweit das Eintreiben von Schweinen zugelassen werden kann.

§ 10. Soweit die Eigentümer von Forsten oder die sonstigen Forstungsberechtigten nicht bereit oder nicht in der Lage sind, die bei ihnen anfallenden Bucheckern zu sammeln, kann die zuständige Behörde andere Personen zum Sammeln ermächtigen.

Die zuständige Behörde setzt die näheren Bedingungen den Umfang des Sammelns fest. Sie bestimmt ferner, unter welchen Umständen die Sammler Einrichtungen zum Sammeln, Reinigen und Beförderung der Bucheckern treffen dürfen. Sie bestimmt auf Antrag des Eigentümers oder sonstigen Forstungsberechtigten, welcher Vergütung ihm zu zahlen ist.

Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Durchführung Abs. 1 ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 11. Die zuständige Behörde kann in ihrem Bezirke Räume für die Aufbewahrung der Bucheckern gegen eine angemessene Vergütung in Anspruch nehmen. Bei Streitigkeiten setzt die zuständige Behörde die Vergütung endgültig fest.

§ 12. Die Landeszentralbehörden erlassen die Vorschriften Ausführung dieser Verordnung. Sie können bestimmen, daß widerhandlungen mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft:

1. wer Vorräte, zu deren Beförderung er nach § 1 verpflichtet ist, beiseite schafft, zerstört, verarbeitet, verbraucht oder an anderen als den Kriegsausschuß oder die von ihm bestimmten Stellen liefert;
2. wer Bucheckern verfüttert oder den Bestimmungen über das Eintreiben von Schweinen zuwiderhandelt;
3. wer Bucheckern der Vorschrift im § 1 Abs. 3 zuwiderhandelt, Erlaubnisscheine verarbeitet oder ohne Abnahme des Erlaubnisscheins zur Verarbeitung annimmt.

§ 14. Bucheckern, die aus dem Ausland einschließlich der festen Gebiete in das Reichsgebiet eingeführt werden, sind von den Einführenden an den Kriegsausschuß oder die von ihm bestimmten Stellen zu liefern. Als Einführender gilt, wer nach der Einfuhr der Bucheckern im Inland zur Verfügung über sie für eigene fremde Rechnung berechtigt ist.

Befindet sich der Beförderungsberechtigte nicht im Inland, tritt an seine Stelle der Empfänger. Die §§ 2 bis 13 finden Anwendung.

§ 15. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 16. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Die Verordnung über die Verarbeitung von Bucheckern vom 14. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 670) wird aufgehoben.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Giffert.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Meine Verfügung vom 7. 8. 1916, Kreisblatt Nr. 78, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Web-, Woll- und Strickwaren wird mit wie folgt abgeändert:

Die Ausfertigung der Bezugsscheine für den ganzen Kreis wird hiermit vom 1. Oktober 1916 an den Bürgermeistern von Püttzbach, Rothenbach, Oberbach, Zehnhausen b. W., Gerolstein, Gemroth, Hülbingen, Wälgandshain, Westerburg und Rennerod übertragen und zwar bezirksweise.

I. Bezirk des Bürgermeisters von Püttzbach. Göggeshausen, Neutershausen, Heilbergscheid, Romborn, Großhollbach, Kleinholbach, Goldhausen, Ruppach, Girod und Püttzbach.

II. Bezirk des Bürgermeisters von Rothenbach. Sainerholz, Niedersain, Gwigghausen, Ruhnshöfen, Weidenbach, Arnshöfen, Glibingen, Düringen, Obersain, Caden, Rothbach, Währen, Gittinghausen und Hättlingen.

III. Bezirk des Bürgermeisters von Obererbach.

Niedererbach, Obererbach, Oberhausen, Hundslangen, Werth und Steinfrenz.

IV. Bezirk des Bürgermeisters von Zehnhausen b. W.

Dahlen, Zehnhausen b. W., Oberrod, Wallmerod, Molsberg, Bilkheim, Meudt, Niederahr, Oberahr, Ehringhausen, Eifen und Hersbach.

V. Bezirk des Bürgermeisters von Gershausen.

Salz, Welterburg, Gershausen, Girslenroth, Gudheim, Sainscheid, Rösblingen, Brandscheid, Willmerod, Verzbahn und Wengenroth.

VI. Bezirk des Bürgermeisters von Hergenroth.

Gewünden, Winnen, Hergenroth, Halbs, Stahlhofen und Botlum.

VII. Bezirk des Bürgermeisters von Hübblingen.

Sed, Baldmühlen, Irmitraut, Neunkirchen, Hübblingen, Mittelhofen, Elsoff, Westernobe und Oberrod.

VIII. Bezirk des Bürgermeisters von Waigandshain.

Hellenhain, Neustadt, Niederroßbach, Zehnhausen b. R., Emmerichshain, Oberroßbach, Salzburg, Rister-Möhrendorf, Waigandshain, Homberg und Rehe.

IX. Westerburg bildet für sich einen Bezirk und ebenso Kemmerod.

Wer also vom 1. 10. 16 ab einen Bezugschein haben will, wendet sich zunächst an seinen Ortsbürgermeister, der die Notwendigkeit der Anschaffung prüft und bescheinigt. Der Antragsteller wendet sich alsdann schriftlich oder persönlich an den mit der Ausstellung des Bezugscheines beauftragten Bürgermeister. Ich bemerke, daß schriftliche Ersuchen mit Rückporto versehen sein müssen.

Ich ersuche, den Ortsbewohnern entsprechend Kenntnis hiervon zu geben. Die bis zum 30. v. Mts. von Ihnen ausgestellten Personalkarten nebst den noch nicht benutzten Formularen ersuche ich bis zum 1. Oktober 1916 bestimmt hierher vorzulegen.

Westerburg, den 21. September 1916.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses
des Kreises Westerburg.

Betr.: Beschlagnahme von Obst.

Zur Sicherstellung des andernfalls gefährdeten Bedarfs des Heeres und der Bevölkerung an Marmelade und Mus bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851:

§ 1.

Die gesamten noch nicht im Kleinhandel befindlichen Äpfel, Zwetschen und Pflaumen werden, auch soweit sie noch nicht geerntet sind, beschlagnahmt. Der Absatz darf nur an Personen erfolgen, die einen mit dem Stempel des Kriegsernährungsamtes versehenen Ausweis mit sich führen.

§ 2.

Die nach § 1 beschlagnahmten Äpfel, Zwetschen und Pflaumen sind bis zur Ablieferung an die in § 1 bezeichneten Personen zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Die Verarbeitung und der Verbrauch im eigenen Haushalt bleiben zulässig.

§ 3.

Zu widerhandlungen werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen strengere Strafen verurteilt sind, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Die unteren Verwaltungsbehörden (Polizeipräsidenten, Landräte, Kreisämter) können nach Anweisung des Kriegsernährungsamtes, insbesondere zur Verhinderung des Verderbens der Früchte, Ausnahmen von den Vorschriften in § 1 zulassen.

Frankfurt a. M., den 15. September 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Goll, General der Infanterie.

Vorstehende Beschlagnahme-Befugung wird hiermit veröffentlicht. Die Herren Bürgermeister ersuche ich, dieselbe sofort in ortsüblicher Weise zur Kenntnis der Gemeindeangehörigen zu bringen.

Zur Ausführung dieser Bestimmung hat der Herr Präsident des Kriegsernährungsamtes folgendes bestimmt:

Nur solche Personen sind berechtigt Äpfel, Zwetschen und Pflaumen aller Art zu erwerben, die mit Stempel des Kriegsernährungsamtes versehene Ausweise bei sich führen; nur an diese ist der Absatz zulässig.

Damit ist an sich jeder Verkehr mit den genannten Früchten ausgeschlossen.

Es steht aber zu erwarten, daß außer dem für den eigenen Haushalt freigegebenen Obst (§ 2) noch weitere allgemeine Ausnahmen gestattet werden. Dieserhalb wird weitere Mitteilung ergehen.

Anträge auf Genehmigung von Ausnahmen nach § 3 (Verhinderung des Verderbens der Früchte) sind bei dem unterzeichneten Landrat anzubringen.

Die Höchstpreise für Wirtschaftäpfel, welche die Verkäufer nicht überschreiten dürfen, betragen zur Zeit 7,50 Mark für den Zentner beim Erzeuger. Für Zwetschen und Pflaumen gilt der Höchstpreis von 10 Mark.

Die Ortspolizeibehörden und die Königl. Gendarmerie veranlasse ich, darauf zu halten, daß den vom Kriegsernährungsamt bestimmten Händlern der Auslauf von Obst im Kreise erleichtert wird. Jeglicher Erschwerung der Ausfuhr der von solchen Händlern ausgehenden Sendungen ist entgegenzutreten.

Westerburg, den 18. September 1916.

Der Landrat.

Unter Bezugnahme auf vorstehendes Ausschreiben bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß folgenden Obsthändlern vom Kriegsernährungsamt Ausweisarten zum Auslauf von Obst ausgestellt worden sind:

- 1) Witwe Schlemmer aus Heimbachweis bei Engers.
- 2) Karl Jacob aus Hanau a. M., Bernhardstraße 2.
- 3) Wilhelmine Fuhrmann aus Frankfurt a. M., Markthalle III.
- 4) Sander Weis aus Nordenstadt, Kreis Wiesbaden.
- 5) Heinrich Eich aus Frankfurt a. M., Eschersheimerlandstr. 132.
- 6) Josef Gabel aus Frankfurt a. M.
- 7) J. W. Kämmerling aus Eöln-Mülheim.
- 8) Konrad Zils aus Körtlich, Post Mülheim, Bezirk Coblenz.
- 9) Strohe- und Gewerwertungs-gesellschaft m. b. H. Frankfurt.

Dazu tritt noch

- 10) Der Händler Christian Stahlhofen aus Steinfrenz.

Ich ersuche, die genannten Personen beim Auslauf von Äpfeln, Zwetschen und Pflaumen zu unterstützen.

Im übrigen besteht das Veräußerungsverbot fort. Falls Gefahr des Verderbens besteht, ermächtige ich die Herren Bürgermeister, in einzelnen Fällen Ausnahmen zuzulassen, sich aber möglichst noch vorher mit den mit Ausweisarten versehenen Händlern des Kriegsernährungsamtes in Verbindung zu setzen.

Westerburg, den 22. September 1916.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Nr. Bst. I 100/9. 16. R. R. A.,

betreffend Bestandserhebung für Schmiermittel.

Vom 22. September 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß, soweit nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, jede Zuwiderhandlung nach § 5 der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54), vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft wird*). Auch kann die Schließung des Betriebes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 603) angeordnet werden.

§ 1.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen:

1. Alle Mineralöle und Mineralölerzeugnisse, die als Schmieröl oder als Spindelöl für sich allein oder in Mischungen verwendet werden können, und zwar werden sie sowohl für sich allein als auch in Mischungen betroffen.
Insbesondere sind somit auch betroffen: alle im vorhergehenden Absatz bezeichneten Öle, die zum Schmieren von Maschinenteilen, zu Härtungs- oder Kühlzwecken, oder bei der Herstellung von Textilien, bei der Herstellung oder Erhaltung von Leder, zur Herstellung von Starrschmierem (konsistenten Fetten), von wasserlöslichen Ölen (Bohröl usw.), von Baseline, von Putzmitteln (auch Schuhcreme) gebraucht werden können.
2. Alle Mineralölrückstände (Goudron, Pech), die zu Schmierzwecken verwendet werden können, oder aus denen Schmieröle oder Schmiermittel gewonnen werden können.
3. Alle der Steinkohle, der Braunkohle und dem bitumösen Schiefer entstammenden Öle, die zu Schmierzwecken verwendet werden können.
4. Alle Starrschmierem (konsistenten Fette).
5. Laternendöle (Mineralmischöle).

*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder offensichtlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Anmerkung. Verwiesen wird auf die Bekanntmachung Nr. Bst. I 1854/8. 16. R. R. A., betreffend Beschlagnahme von Schmiermitteln, vom 7. September 1916, veröffentlicht im Deutschen Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 211 sowie in den Staatsanzeigern von Bayern, Sachsen und Württemberg vom 7. September 1916.

Abdrucke von der Beschlagnahme-Verordnung können von den königlichen stellvertretenden Generalkommandos und von der Vorbrück-Verwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Berl. Gledemannstr. 9/10, angefordert werden.

§ 2.

Von der Bekanntmachung betroffene Personen.

Von dieser Bekanntmachung werden betroffen alle natürlichen oder juristischen Personen, gewerbliche oder wirtschaftliche Unternehmer, Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Verbände, die meldepflichtige Gegenstände (§ 1) im Gewahrsam haben, oder bei denen sich solche unter Vollaufsicht befinden. Vorräte, die sich am Stichtag unterwegs befinden, sind nach ihrem Eintreffen vom Empfänger zu melden.

§ 3.

Meldepflicht und Stichtag.

Die im § 1 bezeichneten Gegenstände sind von den im § 2 bezeichneten Personen oder Betrieben zu melden.

Die erste Meldung ist für die bei Beginn des 22. September 1916 (Stichtag) vorhandenen Vorräte bis zum 12. Oktober 1916 zu erstatten. Die zweite Meldung ist für die bei Beginn des 1. November 1916 (Stichtag) vorhandenen Vorräte bis zum 10. November 1916, die folgenden Meldungen für die mit Beginn eines jeden folgenden Monats (Stichtag) vorhandenen Vorräte bis zum 10. Tage des betreffenden Monats zu erstatten.

§ 4.

Meldescheine.

Auskunfts berechtigt ist das zuständige Kriegsministerium. Die Meldung hat auf den amtlichen Meldescheinen zu erfolgen, die von der

Kriegsschmieröl G. m. b. H., Abteilung für Beschlag-

nahme, Berlin W 8, Kanonierstr. 29/30,

unverzüglich anzufordern sind. Die Anforderung hat auf einer

Postkarte zu erfolgen, die mit deutlicher Unterschrift und genauer

Adresse versehen ist. Die Meldescheine sind sorgfältig ausge-

füllt portofrei an die Kriegsschmieröl G. m. b. H., Ab-

teilung für Beschlagnahme, in Berlin W 8, Kanonier-

straße 29/30, einzusenden. Der Briefumschlag ist mit dem

Bemerkung „Betrifft Bestandsaufnahme“ zu versehen und darf

außer dem Meldeschein keinen weiteren Inhalt haben.

Die Meldescheine dürfen zu anderer Mitteilung als den auf

ihnen geforderten nicht benutzt werden. Von der erstatteten

Meldung ist eine Abschrift (Durchschlag) zurückzubehalten und

aufzubewahren.

§ 5.

Ausnahmen.

Sofern die Gesamtmenge der von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 1) bei einer der von der Verordnung betroffenen Personen (§ 2) an dem betreffenden Stichtag (§ 3) geringer ist als 500 kg (Mindestmenge) **aller** von der Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 1) **insgesamt**, besteht eine Pflicht zur Meldung nicht.

Verringern sich die Bestände eines Meldepflichtigen nachträglich unter die im vorhergehenden Absatz angegebene Mindestmenge, so ist die Meldung für den folgenden Stichtag trotzdem zu erstatten, darf aber, sofern nicht durch die Kriegsschmieröl G. m. b. H. eine besondere Aufforderung zur Meldung ergeht, danach so lange unterbleiben, bis die Bestände wieder die Mindestmenge erreicht oder überschritten haben.

§ 6.

Lagerbuch, Auskunftspflicht.

Jeder Meldepflichtige (§ 2) hat ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorratsmengen und ihre Verwendung ersichtlich sein muß. Soweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Lagerbuch führt, braucht ein besonderes Lagerbuch nicht eingerichtet zu werden.

Beauftragten Beamten der Militär- oder Polizeibehörden ist die Prüfung des Lagerbuches sowie die Besichtigung der Räume zu gestatten, in denen meldepflichtige Gegenstände zu vermuten sind.

§ 7.

Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge, die die Meldepflicht und die Meldungen betreffen, sind an die Kriegsschmieröl G. m. b. H., Abteilung für Beschlagnahme, Berlin W 8, Kanonierstraße 29/30 zu richten. Der Kopf der Zuschrift ist mit den Worten „Betrifft Meldepflicht von Schmiermitteln“ zu versehen.

§ 8.

Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 22. September 1916 in Kraft.

Frankfurt a. M., den 22. September 1916.

Stellvertretendes Generalkommando 18. Armee-korps

Beitrag: Ablieferung der Fahrradbereisungen.

In meiner Verfügung vom 19. Sept. 1916, Kreisblatt 91 ist ein Druckfehler unterlaufen. Anstatt 9. Oktober es heißen 3. Oktober 1916.

Ueber die Abnahme der abgelieferten Mäntel und Schläuche erhalten Sie Anfang Oktober weitere Verfügung.

Westerburg, den 20. September 1916. Der Landrat

Küdersheim a. R., den 11. August 1916.

An den Landesvorstand des Allg. Deutschen Jagdschützvereins, des Herrn Oberforst. Dandellmann Wiesbaden.

Durch die Tageszeitungen gelangte zu meiner Kenntnis, daß die Prov. Regierungen die Gemeinden streng haben antreiben lassen, die Bekämpfung des Wildschadens (soll wahrscheinlich Berühmte heißen) mit allen Mitteln in die Wege zu leiten.

Ich weiß nicht, welche Mittel die Behörde angegeben hat im Auge hat, man sollte deren Augenmerk aber auf eins der Mittel, von dem man große Wirkung erwarten darf, unbedingt lenken und zwar das gründliche Stochaffen der Kartoffeln, der genannten Stoppelfrüchte, beim Winterpflügen.

Bekanntlich nimmt Rotwild und Reh trotz starker Bekämpfung der Winterfaat niemals das sogenannte Herz der Frucht weg, sondern in dem der Fruchtansatz steht, sondern ist nur die Halmspitze und später die reifen Ähren ab. Die Sau nimmt von den Rebenfrüchten nur die reifen Ähren, bricht aber in den Roggenähren, vorher mit Kartoffeln bestellt waren, nach den Redengeblühten Kartoffeln, namentlich in Fehljahren an Eichen- und Buchenwäldern während sie Roggenfelder, deren Vorfrucht Klee war, nur sehr selten betritt, um dort Rebstöcke an ganz vereinzelten Stellen zu fressen. Auch die Roggenfelder werden stets verschont, deren Vorfrucht Kartoffeln waren, wenn die Kartoffeln gründlich gerastet wurden. Obwohl es nun jedem Landwirt, der Wühlhühner durch Säuen und deren Folgen kennt, bekannt ist, daß diese namentlich bei zu viel Rebstöcken Frucht eher ein Vorteil, als ein Nachteil für das Getreide sind, werden bei der Schadenaufnahme vor der Ernte den meisten erkrankten pflichtigen Pächtern diese Wühlhühner zum Verhängnis, weil sie ihnen den Schädigungen meist als Vollaufnahme angenommen werden. Überdies muß aber aufhören, wenn die Behörden darauf dringen, daß Stoppelfrüchte beim Winterpflügen gründlich entfernt werden. Das hält den vermeintlichen Schaden vom Getreide ab und vermeidet die Kartoffelernte nicht unerheblich, was namentlich im Interesse der Volksernährung besonders wichtig erscheint.

Ich bitte deshalb, darauf hinzuwirken, daß die Verwaltungsorgane den Grundbesitzern zur Verhütung des Wildschadens, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, strenge Anweisung in dieser Richtung erteilen.

Hochachtungsvoll gez. Adolf von Heiderlinde, Mitglied des Allg. Deutsch. J. Sch. B.

Vorstehende zutreffende Ausführungen werden hiermit zur Achtung veröffentlicht.

Westerburg, den 16. September 1916.

Der Landrat.

Wer am 6. Februar 98 Mark hat

kann und muß jetzt 100 Mark Kriegsanleihe zeichnen. Denke keiner: meine 100 Mark kommt es nicht an. Die Schlacht schlägt man nicht nur mit Generalen — es müssen auch die Mannen der Soldaten dabei sein.

Auskunft erteilt bereitwilligst die nächste Bank, Sparkasse, Postanstalt, Lebensversicherungsanstalt oder Kreditgenossenschaft.